

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 24. Juni 2026

§ 19

Motion FDP-Fraktion «Beschleunigte Planung Verkehrserschliessung Glarnerland»

(Bericht Regierungsrat, 28.4.2026)

Remo Goethe, Glarus, Unterzeichner, beantragt die Überweisung der Motion. – Der Stau zwischen Näfels und Glarus ist kein Naturgesetz, sondern das Resultat jahrelangen Zögerns. Dieses will die FDP-Fraktion heute beenden. Der Bundesrat eröffnete vor wenigen Tagen die Vernehmlassung zum Projekt «Verkehr '45». Klar ist: Wer beim nächsten Ausbauschnitt der Nationalstrassen mit Zeithorizont 2045 dabei sein will, braucht ein ausgearbeitetes Vorprojekt. Eine Absichtserklärung oder ein Auftrag an einen Berater reichen nicht. An dieser Anforderung gemessen genügt die Antwort des Regierungsrates somit nicht. Die FDP-Fraktion anerkennt, dass der Regierungsrat reagiert hat. Der beauftragte Fachexperte ist ein guter erster Schritt, aber noch kein Vorprojekt. – Die Motion verlangt nichts Unmögliches, sondern fordert, vorwärtzumachen, solange es noch Chancen gibt. Die Botschaft des Bundesrates folgt im Herbst, danach entscheidet das Parlament. Das ist kein langer Horizont. Bereits in der Vernehmlassung, die am 9. Oktober 2026 endet, muss der Kanton Glarus etwas vorweisen können. Sonst ist er nicht zu spät im Ziel, sondern bereits zu spät am Start. Für den Kanton Glarus geht es um mehr als um einen Strassenabschnitt. Vielmehr geht es darum, ob er als Wirtschafts- und Wohnstandort konkurrenzfähig bleibt. Betroffen sind Unternehmen, die Güter transportieren müssen, Pendlerinnen und Pendler, der Tourismus, die Erreichbarkeit des Kantons Glarus insgesamt. Wer heute zögert, verliert nicht nur wertvolle Zeit, sondern möglicherweise auch eine ganze Generation an Bundessubventionen für Glarus.

Werner Kälin, Ennenda, spricht sich stellvertretend für die SP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates bzw. die Ablehnung der Motion aus. – Es ist verständlich, dass die Motionäre jetzt Tempo machen wollen. Denn aus ihrer Sicht geht es darum, mit dieser Strasse die Mobilitätsprobleme zu lösen. Eine Investition über 500'000 Franken in eine Hoffnung ist aber zu teuer. Die Verbesserung der Situation zugunsten der Wirtschaft oder der Erreichbarkeit von Glarus Süd erfordert vermutlich weniger Geld, sondern eine Änderung des Mobilitätsverhaltens. Davon abgesehen ist bereits ein Planer beauftragt. Damit ist das Kernanliegen der Motion für den Moment erfüllt. – Spardruck herrscht. Eine Investition über 500'000 Franken auf gut Glück ist vor diesem Hintergrund einfach zu hoch. Besser ist es, zu prüfen, was heute konkret getan werden kann. Der Bund und der Kanton handeln ja bereits, wenn auch nur mit angezogener Handbremse. Andere Lösungen gibt es. Zum Beispiel existiert ein Grundlagenpapier für eine neue Mobilität des Netzwerks Glarus zukünftig mobil. Dieses liegt seit vier Jahren beim Regierungsrat und kostete diesen nichts. Die Motion ist

abzulehnen, damit sich die Situation für Glarus Süd schneller verbessert. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Glarus Nord und Glarus sollen sich solidarisieren und mit ihrem Mobilitätsverhalten für weniger Staus sorgen.

Ruedi Schwitter, Näfels, votiert im Namen der GLP-Fraktion für den Antrag des Regierungsrates und somit die Ablehnung der Motion. – Eine gute Verkehrsverbindung ist für den Kanton Glarus wichtig. Die vorliegende Motion verlangt aber einen übereilten Mitteleinsatz, ohne einen konkreten Nutzen nachweisen zu können. Der Bund priorisiert die Nationalstrassen-Vorhaben im Rahmen des Projekts «Verkehr '45». Ob die zusätzliche kantonale Ausgabe für die Planung von rund 500'000 Franken die Position des Glarner Projekts tatsächlich verbessert, ist unklar. Der Realisierungshorizont liegt gemäss Bund etwa im Jahr 2055. Zudem fokussiert die Motion einseitig auf den Strassenverkehr. Eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik muss auch den öffentlichen Verkehr sowie alle weiteren Mobilitätsformen berücksichtigen. Bevor zusätzliche Steuergelder gesprochen werden, sind der konkrete Mehrwert und die Erfolgsaussichten einer beschleunigten Planung aufzuzeigen.

Sven Keller, Glarus, spricht sich für den Antrag des Regierungsrates bzw. die Ablehnung der Motion aus. – Will man überhaupt eine Chance haben, die Zerstörung der Zukunft der kommenden Generationen zu beenden, muss die Mobilität im Glarnerland effizienter werden. Eine Investition über 500'000 Franken für eine Planung, die einzig noch mehr Platz für überdimensionierte Autos vorsieht, dient der Wirtschaft nicht. Solange jene Leute, die sich über die Staus aufregen, immer noch allein oder maximal zu zweit täglich in einem 1,5-Tonnen-Auto mit fünf Plätzen sitzen, besteht das Problem nicht in einem Mangel an Strassen – und mehr Strassen lösen das Problem somit auch nicht. Es bestehen absurde Fehlanreize, die dazu führen, dass maximal viel Platz für minimale Mobilität verbraucht wird. Dabei muss man für den Schaden, den man damit verursacht, nicht einmal geradestehen. Wenn 2050 immer noch gleich viele Autos auf den Strassen fahren, gibt es ganz andere Probleme als die Strassenerschliessung.

Toni Gisler, Linthal, unterstützt den regierungsrätlichen Antrag. – Die Wahlen sind vorbei. Es nützt nichts, den Stimmberechtigten jetzt mit der Verschwendung von viel Steuergeld eine abschliessende Lösung des Problems zu versprechen. Dennoch darf das Problem nicht totgeschwiegen werden, wie das aus Richtung Mitte-links passiert ist. Der Regierungsrat hat in den vergangenen Monaten und Jahren viel unternommen und steht in engem Kontakt mit den Glarner Bundesparlamentariern und dem Bund. An Lösungen wird gearbeitet. Den Bundesparlamentariern und dem Regierungsrat ist die Zeit dafür einzuräumen.

Sven Keller hält fest, dass das Problem nicht negiert, sondern einzig der Ausbau der Strasse nicht als Lösung des Problems betrachtet wird.

Mathias Zopfi, Engi, spricht auch als Vertreter des Kantons Glarus im Ständerat. – Demnächst startet die Vernehmlassung zum Projekt «Verkehr '45». Nach deren Abschluss kommt die Vorlage in die eidgenössischen Räte, zunächst in die jeweiligen Verkehrskommissionen. In jener des Nationalrates sitzt Landrat Markus Schnyder, in jener des Ständerates der Redner selbst. Im Rahmen der Vernehmlassung muss der Regierungsrat Farbe bekennen. Er muss seine Forderungen klar formulieren und noch keine Kompromisse eingehen. Aktuell ist die Umfahrung Netstal in der Vorlage des Bundes enthalten. Die grosse Frage ist nun, ob künftig ein Projekt Umfahrung Netstal und Glarus weiterverfolgt werden soll. Persönlich geht man davon aus, dass eine Umfahrung auch von Glarus den viel grösseren Nutzen bringen würde als eine Umfahrung einzig von Netstal. Letztere würde zu einer Stausituation vor Glarus führen. Der Regierungsrat ist sich sicherlich bewusst, dass er sich in der Vernehmlassung klar äussern muss. Diese Diskussion ist auch kantonsintern zu führen. Später wird es dann schon eine Rolle spielen, ob das Glarner Projekt bereit ist. Für vorbereitete Projekte wird es Gelegenheiten für eine Umsetzung geben. Die Dringlichkeit, welche die FDP-Fraktion nun erkennt, gibt es aber nicht in diesem Ausmass. Der Baubeginn einer solchen

Strasse liegt weit in der Zukunft. Vor diesem Hintergrund sind die Ausführungen des Regierungsrates ausreichend. Dieser wird eine klare Stellungnahme abgeben. Aktuell braucht es die in der Motion beantragten Mittel nicht, allerdings wahrscheinlich bald. Der Anstoss der FDP-Fraktion, wonach jetzt zu priorisieren ist, bleibt richtig. Es ist zu klären, was der Kanton überhaupt vom Bund möchte. Spricht er nicht mit mehr oder weniger einer Stimme, wird er in Bern nicht gehört.

Albert Heer, Oberurnen, spricht sich im Namen der FDP-Fraktion für den Antrag Goethe und somit die Überweisung der Motion aus. – Dem Regierungsrat gebührt für die zeitnahe Beantwortung der Motion Dank. Allerdings ist die FDP-Fraktion nicht mit der Art einverstanden, mit welcher der Regierungsrat das Thema angeht. Der Bundesrat stellte bei der Vorstellung der Eckpunkte zum Projekt «Verkehr '45» im Januar 2026 klar, dass nur noch Vorhaben in Ausbauschnitten aufgenommen werden, die ein ausgearbeitetes Vorprojekt vorweisen können. Der Planungsstand wird damit zu einem harten Zulassungskriterium. Statt nun mit oberster Priorität diese Chance zu nutzen und unverzüglich zusammen mit dem Bundesamt für Strassen die Ausarbeitung eines Vorprojekts in Angriff zu nehmen, hält der Regierungsrat aber an seiner zögerlichen Vorgehensweise fest. Der Regierungsrat erklärt in seinem Bericht, dass laufend konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation erarbeitet, abgestimmt und schrittweise umgesetzt würden. So soll zum Beispiel ein Fussgängerstreifen beim Kreisel in Netstal verlegt oder eine Busspur zwischen Näfels und Netstal errichtet werden. Das ist die Pflasterli-Politik und zielt komplett an der Motion vorbei. Jetzt ist ein Zeitfenster offen. Der Kanton Glarus hat die einmalige Chance, noch vor den entscheidenden Debatten in den eidgenössischen Räten, die im ersten Halbjahr 2027 stattfinden, ein überzeugendes und fundiertes Verkehrskonzept zu erarbeiten und vorzulegen. Mehrere Parteien betonten im Vorfeld der Landratswahlen auf Plakaten und in ihren Parolen immer wieder, wie wichtig eine rasche Umsetzung der Umfahrung von Netstal und Glarus sei. Diese Parteien können ihren Worten nun Taten folgen lassen. Der neu gewählte Landrat hat jetzt die Chance, visionär zu handeln.

Fridolin Staub, Bilten, lehnt die Motion ab. – Aktuell liegt ein bewilligtes Projekt für die Umfahrung von Näfels vor. Dort wurde der Baustart bereits von 2029 auf 2030 verschoben. Es ist anerkannt, dass diese Umfahrung einen Effekt haben wird. Vorliegend geht es nicht um Fakten, sondern um Wünsche. Der Nutzen der von der FDP-Fraktion geforderten Investition über 500'000 Franken ist gering. Aktuell gilt es, das Umfahrungsprojekt möglichst rasch voranzutreiben und den ersten Schritt in Näfels umzusetzen. Auch dagegen gibt es Widerstand. Es ist zu hoffen, dass die Umsetzung des bewilligten Projekts in Näfels auch die Unterstützung aus dem Landrat erhält, sofern diese benötigt wird. Zudem ist darauf zu vertrauen, dass sich der Regierungsrat in Bern für die Interessen des Kantons Glarus einsetzt. Man sollte ihn seine Arbeit erledigen lassen.

Regierungsrat *Thomas Tschudi* beantragt die Ablehnung der Motion. – Der Regierungsrat lehnt die Motion nicht wegen Uneinigkeit über das Ziel ab. Er möchte bloss ein bisschen anders vorgehen. Auch für ihn hat das Projekt höchste Priorität. Der Regierungsrat will jedoch nicht Mittel auf Vorrat und ungeachtet des tatsächlichen Bedarfs beschliessen. Das ist weder redlich noch sinnvoll. Das Verkehrsproblem hat verschiedene Ebenen. Die kurzfristigen Massnahmen wurden von Landrat Albert Heer nun schon fast als sinnlos dargestellt. Sie sind aber heute umsetzbar und tragen dazu bei, dass die Wirtschaft weiterhin von einem flüssigen Verkehr profitieren kann. Es ist nicht zielführend, nur den Horizont 2045 im Auge zu haben; denn bis dahin würde man noch weitere 20 Jahre im Stau stehen. Auch kurzfristige Massnahmen sind notwendig, um die höhere Verkehrsbelastung auf den bestehenden Strassen und Schienen abwickeln zu können. Mittelfristig geht es darum, zusammen mit dem Bundesamt für Strassen auch bauliche Massnahmen umzusetzen. Mit Blick auf die langfristige Zukunft muss der Regierungsrat jetzt mit den Glarner Bundesparlamentariern – und mit der Unterstützung des Landrates – dem Umfahrungsprojekt eine Stimme geben, die in Bern gehört wird und eine Umsetzung vor 2055 ermöglicht. Vieles liegt in den eigenen Händen. Jetzt gilt es zu klären, wie viel die Leistungen des Kantons kosten. Bereits im Budget 2027

werden Mittel eingestellt sein. Gut ist, dass bereits jetzt Unterstützung für die Gewährung dieser Mittel vorhanden ist. – Für Netstal gibt es ein Umfahrungsprojekt, das bis anhin im Umsetzungshorizont 2040 lag. Diesem Projekt kommt neu die zweithöchste von sechs Prioritätsstufen zu. In der Vernehmlassung kann das Netstaler Umfahrungsprojekt allenfalls in die höchste Kategorie gehievt werden. Der Regierungsrat wird sich dazu in der Vernehmlassung zu Wort melden. Es besteht aber auch das Risiko, dass mit der Forderung einer kombinierten Umfahrung von Netstal und Glarus das Projekt Netstal plötzlich aus der Planung fliegt. Der Regierungsrat muss unbedingt dazu Sorge tragen, dass der Spatz in der Hand gesichert werden kann, gleichzeitig aber auch die Taube auf dem Dach in Reichweite bleibt. Das ist die Aufgabe, vor welcher das Departement mit seinem Berater, die Bundesparlamentarier, der Gesamtregierungsrat und der Landrat stehen. – Die Forderung der FDP-Fraktion nach einem Vorprojekt bis zum Ende der Vernehmlassung zum Projekt «Verkehr '45» ist unrealistisch. Zum monierten jahrelangen Zögern trug der Kanton Glarus selbst mit bei, als er sich im Rahmen einer Volksabstimmung gegen den Ausbau der Nationalstrassen aussprach. Beim Bundesamt für Strassen kam das nicht gut an. Dort galt es zunächst, die Wogen zu glätten. Man musste dem Bundesamt aufzeigen, dass der Kanton Glarus Strassen will. Diese dienen nicht nur der Erhöhung der Kapazitäten. Sie sollen die stark belastete Bevölkerung in den betroffenen Dörfern vom Durchgangsverkehr entlasten und die Sicherheit für die Kinder erhöhen. Das dient auch den künftigen Generationen. Nach 50 Jahren mit ausufernden Diskussionen und ohne Weiterkommen gilt es jetzt, den maximalen Nutzen zu erzielen. – Aktuell wird der Fussgängerstreifen südlich des Wiggispark-Kreisels verschoben. Dies dient der Sicherheit, aber auch der Verflüssigung des Verkehrs. Ausserdem wird im laufenden Jahr eine Busspur zwischen Näfels und Netstal realisiert. Sie soll zu einem besseren Modalsplit führen, indem der Bus wieder attraktiver wird. Weitere kurzfristige Massnahmen sind in Planung. Der Verkehr ist ein sehr wichtiges Thema. Auch wird eine Korridorstudie erstellt, welche die Notwendigkeit der Umfahrungen klärt. Aber auch diese wird nicht bis Ende der Vernehmlassung zum Projekt «Verkehr '45» fertig sein. Das Departement Bau und Umwelt verfolgt eine offene Herangehensweise und prüft, mit welchen Werkzeugen man zum richtigen Zeitpunkt vorankommt. Klar ist dabei, dass bis in den kommenden Frühling Klarheit bestehen muss, damit die Bundesparlamentarier in die gleichen Kerben schlagen können. Dafür sind jedoch keine 500'000 Franken erforderlich.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Goethe mit 40 zu 19 Stimmen.